

## Die Chance, Raum für Bildung zu schaffen

**Bildungsministerin Dominique Gantenbein und ihrem Regierungskollegen Daniel Risch ist es gelungen, ein seit über 20 Jahren bestehendes Problem zu lösen. Nun befindet der Landtag über die Schulbautenstrategie und stellt die Weichen für die Zukunft.**



Desirée Vogt  
Parteisekretärin

**Frau Gantenbein, Ende Januar hat die Regierung die vom Landtag geforderte Schulbautenstrategie präsentiert. Was war die grösste Herausforderung dabei?**

**Dominique Gantenbein:** Die grösste Herausforderung war es, eine zukunftsorientierte Schulbautenstrategie zu entwickeln, welche die vielschichtigen Anforderungen erfüllt. Einerseits waren politische Vorgaben zu beachten, da die Schulbauten eine lange Vorgeschichte haben, andererseits entstand die Schulbautenstrategie nicht auf der sprichwörtlichen «grünen Wiese», da die bestehende Standorte und Bauten berücksichtigt werden mussten. Wir erarbeiteten deshalb übergeordnet quantitative und qualitative Bildungs- und Infrastrukturleitlinien, an denen sich die zukunftsorientierte Planung orientieren konnte. Als Bildungsministerin ist es mir ein grosses Anliegen, dass die Schulen in ihrer gesamtheitlichen Entwicklung gestaltet und nicht eingeschränkt werden, deshalb haben wir unter Hochdruck an dieser Strategie gearbeitet.

**In den vergangenen Jahren wurde auch immer wieder von einer fehlenden Bildungsstrategie gesprochen. Liegt denn eine solche nun vor?**

Mit einer Bildungsstrategie werden von der Frühförderung, der Pflicht-

schulzeit, über die duale oder akademische Berufsbildung bis hin zur Erwachsenenbildung Ziele erarbeitet, die wir gemeinsam im Bildungsbereich erreichen möchten. Hierbei geht es um die Bearbeitung inhaltlicher Themenstellungen wie dem Umgang mit der Digitalisierung, dem Ausbau der Blockzeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Förderung der Attraktivität der dualen Berufsbildung oder der Erweiterung der Zugänglichkeit zur Erwachsenenbildung, um nur einige Beispiele exemplarisch zu nennen. Die Schulbauten von einer Bildungsstrategie abhängig zu machen, würde sprichwörtlich eine Zementierung der Bildungspolitik bedeuten, was der Entwicklungsdynamik der Bildung in keinsten Weise entsprechen würde. Wir wollen somit multifunktionalen und flexiblen Schulraum schaffen, der die grossen und schnellen Veränderungen im Bereich der Bildung zulässt. Bei der konkreten Raumplanung der Neubauten werden Nutzerbedürfnisse selbstverständlich berücksichtigt.

**Der Landtag wird diese Strategie in der kommenden Woche behandeln. Diskutiert werden dürfte vor allem der geplante Bau des SZU II in Ruggell, zumal die Schülerzahlen in den nächsten Jahren konstant bleiben werden. Warum braucht es dieses Schulzentrum?**

Mit der Umsetzung dieser Strategie würde Schulraum bis 2050 geschaffen werden. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Bauvorhaben kann nicht ausschliesslich auf die jetzigen oder geschätzten zukünftigen Schülerzahlen gestützt werden. Wir haben uns deshalb im



Ist es innerhalb von sechs Monaten gelungen, einen mehrheitsfähigen Bericht und Antrag zur Schulbautenstrategie vorzulegen: Dominique Gantenbein. Foto: Archiv

Prozess der Erstellung der Schulbautenstrategie sehr intensiv und mit Weitblick mit der Bedeutung dieser Bauvorhaben für die Bildung auseinandergesetzt. Es wurden die erwähnten übergeordneten Leitlinien erarbeitet. Leitlinien, wie z. B. schulgerechte Architektur, bedarfsgerechtes Raumangebot, eine Schule – ein Standort und auch die Schulgrösse, beschreiben Kriterien, die aus unserer Sicht bedeutsam für die liechtensteinische Schullandschaft sind. Dabei wurden auch Aspekte wie z. B. das Be-

völkerungswachstum berücksichtigt, welches für eine gleichmässige Verteilung der Schulstandorte im Unter- und Oberland spricht. Wir sind der Überzeugung, dass mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Strategie alle liechtensteinischen Schulen der Sekundarstufen sowohl schulorganisatorisch wie auch pädagogisch eine geeignete Grösse haben.

**Woher kommt der Bedarf nach zusätzlichem Schulraum?**

Wie in der Strategie ausführlich

dargelegt wird, werden der Standort Giessen und das St. Elisabeth aus unterschiedlichsten Gründen nicht mehr als Schulstandorte vorgesehen. Den Schulraum braucht es daher einerseits als Ersatz der aufzulassenden Standorte und andererseits zur Verbesserung des ungenügenden Raumangebotes z. B. im Gymnasium in Vaduz.

**Im Bericht und Antrag ist für die Übergangsphase als Alternative vorgesehen, dass das St. Elisabeth während der Umsetzung der Bauvorhaben noch bestehen bleibt. Wie kam es dazu?**

Vor dem Hintergrund des baulichen Zustandes sieht die Strategie aus infrastruktureller Sicht primär die provisorische Lösung beim Mühleholzareal vor. Da wir die Anliegen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen aber kennen, war es uns wichtig, die Variante der Nutzung des St. Elisabeths bis zur Realisierung der definitiven Massnahmen als Alternative darzustellen.

**Was erhoffen Sie sich in der kommenden Woche von den Landtagsabgeordneten?**

Wir haben die Chance, für unsere Schülerinnen und Schüler Raum für Bildung zu schaffen und damit in die Zukunftsentwicklung unseres Landes zu investieren. Ich erhoffe mir, dass wir mit der vorliegenden Strategie für den Hohen Landtag eine gute Grundlage erarbeitet haben, sodass die Abgeordneten kommende Woche auf dieser Basis eine nachhaltige Entscheidung im Sinne unserer gemeinsamen Bildungsverantwortung treffen können. ■

## Konkreter Beitrag zur Stärkung der Chancengleichheit

**Die Frauenunion begrüsst und unterstützt das Postulat der Vaterländischen Union zur Alters- und Risikoversorge für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile und empfiehlt dem Landtag, dieses kommende Woche zu überweisen.**



Dagmar Bühler-Nigisch  
Vorstandsmitglied der Frauenunion

In der Erziehungs- und Kinderbetreuungszeit leisten hauptsächlich Frauen viel wertvolle, unentgeltliche Arbeit. Mit mehreren Kindern ist es oftmals nicht möglich und auch nicht gewünscht, nebst Haushalt und Aktivitäten der Kinder zusätzlich einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Hinzu kommt

in einigen Fällen noch die Betreuung der betagten Eltern. So entscheiden sich diese Familien bewusst für das Familienmodell «Familie als Beruf».

**Kompetenzen kaum anerkannt**

Die Frauenunion begrüsst es sehr, dass diese für die Gesellschaft sehr wertvolle Arbeit in Form von Erziehungsgutschriften und hofentlich bald auch mit pensionskassenähnlichen Leistungen ergänzt und gewürdigt wird als Massnahme zur besseren Alters- und Risikoversorge. Das von der VU-Landtagsfraktion eingereichte Postulat beinhaltet viele wichtige Aspekte, die eine angemessene

Lösung ermöglichen könnten.

Viele Frauen möchten nach der jahrelangen Familienarbeit gerne wieder zurückkehren in den Beruf. Dies ist jedoch nur möglich, wenn Frau sich während der Familienphase mit der persönlichen und beruflichen Weiterbildung auseinandersetzt, Kurse besucht oder in Vereinen Funktionärsarbeit und Führungsverantwortung übernimmt. In dieser Zeit des meist ehrenamtlichen Engagements eignen sich Frauen wertvolle Kompetenzen an, die leider viel zu wenig anerkannt werden und ohne Einkommen zusätzlich mit hohen Kosten verbunden sind. Eine weitere Unter-

stützung könnte deshalb sein, dass diesem Personenkreis z. B. das Weiterbildungsangebot der Erwachsenenbildungsinstitutionen zu vergünstigten Konditionen ermöglicht wird, um auf dem aktuellen Wissensstand zu bleiben und später beim Wiedereinstieg leichter einen Job zu finden.

**Zustimmung empfohlen**

Das Land Liechtenstein bekennt sich zur Erreichung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs), wobei auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Schwerpunkt darstellt. Das eingereichte Postulat trägt we-

sentlich dazu bei, diesem Ziel näher zu kommen und ist ein konkreter Beitrag zur Stärkung der Chancengleichheit in der Gesellschaft.

Die Frauenunion engagiert sich für die Stärkung der Frauen in der Politik und insbesondere für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen. Deshalb begrüsst und unterstützt die Frauenunion das Postulat der Fraktion der Vaterländischen Union. Wir empfehlen auch den Abgeordneten der anderen Parteien bei der Behandlung im März-Landtag eine Zustimmung für eine Überweisung an die Regierung. ■